

April 2022

Informationsheft



des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Themen

Alle Zeichen auf Grün?! –
März-Präsidiumssitzung

Agrarpolitik –
Positionierung des Präsidiums

Stiftung –
Förderung der Schweinezucht

agra Messe Leipzig

21.04. bis 24.04.2022

ÜBERBLICK

INFORMATION SHEFT - APRIL 2022

3

KOMMENTAR

Landwirtschaft hilft

4

PRÄSIDIUM

Alle Zeichen auf Grün?!

6

POSITION

des Präsidiums

TITELBILD

Thomas Külz (li.) von der Agrargenossenschaft Löberitz erklärt die Bedeutung der Tierhaltung für die Landwirtschaft.

8

EIN EINBLICK

in die Verbandsarbeit im Vorfeld der Agrarministerkonferenz



9

STIFTUNG

zur Förderung der sachsen-anhalter Schweinezucht



10

BAUERNTAG

im Salzlandkreis

12

DBV FORDERT

Digitalisierungs-Masterplan

12

WIR SUCHEN

einen neuen Kreisgeschäftsführer (m/w/d) im KBV Börde

15

IN ALLER KÜRZE

Kurzmeldungen

MIT

**DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Liebe Mitglieder, liebe Bäuerinnen und Bauern, in der Februarausgabe unseres Informationsheftes bin ich darauf eingegangen, dass wir im Bereich Landwirtschaft und Naturschutz endlich neue Wege gehen müssen – weg von der Verbotspolitik und hin zu kooperativen Modellen. Viel ist seitdem passiert.

Der Krieg in der Ukraine hat allen vor Augen geführt, dass die Selbstverständlichkeit, mit der wir die permanente, günstige Verfügbarkeit von Lebensmitteln betrachten, fragil ist. Zwei der größten Getreideexporteure der Welt werden zumindest teilweise ausfallen und die globale Ernährungssituation gerät weiter aus den Fugen. Getreidepreise wurden in Höhen katapultiert, die wenige Wochen vorher noch undenkbar waren. Was für die meisten europäischen Verbraucher ärgerlich ist, aber finanziell gestemmt werden kann, ist für hunderte Millionen Menschen eine Katastrophe.

Es lässt einen fast sprachlos zurück, dass vor diesem Hintergrund einige politische Akteure weiterhin an ihren Doktrinen festhalten. Besonders fällt das bei den geplanten Flächenstilllegungen auf. Im Vorfeld der Agrarministerkonferenz haben wir deutlich gemacht, dass die Bäuerinnen und Bauern bereitstehen, ihr Möglichstes zu tun, um alle verfügbaren Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln zu nutzen. Viele Landwirte hat es enttäuscht, dass vonseiten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft an dem Konzept der Flächenstilllegung festgehalten wird.

Stattdessen wird argumentiert, dass zu viele Erzeugnisse für die Fütterung verwendet würden. Jetzt einen Abbau von Tierhaltung erzwingen zu wollen und dafür das Argument der Ernährungssicherheit anzubringen, verkennt die Komplexität von Landwirtschaft. Dass durch die Futtermittelerzeugung viele Flächen für die Ernährung genutzt werden, die ackerbaulich nur stark eingeschränkt oder überhaupt nicht sinnvoll bewirtschaftet werden könnten, findet überraschend wenig Erwähnung. Aus landwirtschaftlicher Perspektive wirkt das nicht in erster Linie wie ein Ansatz zur Erzeugung von mehr Nahrungsmitteln, sondern wie ein Ansatz zur Verringerung der tierhaltenden Betriebe.

Man sollte meinen, wenn es wirklich um die Sache gehen würde, dass die Verschwendung von Lebensmitteln ein Thema sein sollte. Laut einer Studie des Thünen-Instituts landen jedes Jahr pro Kopf über 70 Kilogramm Lebensmittel im Müll – allein in Privathaushalten. Das BMEL hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Projekte zum Thema Lebensmittelabfälle, das Thema ist in der Politik also durchaus bekannt. Und anders als bei der Tierhaltung entfällt hier vollkommen die Diskussion, wie landwirtschaftliche Erzeugnisse am besten genutzt werden könnten. Gerade jetzt sollte

vonseiten des Bundes der Schutz von produzierten Lebensmitteln über dem Wunsch stehen, die Tierhaltung durch neue Vorgaben weiter einzuschränken.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wer heute nahezu unverändert die Agrarpolitik umsetzen will, die er vor dem Krieg in der Ukraine geplant hat, will seine politischen Projekte durchbringen. Wir sehen das besonders bei den Stilllegungen und der Diskussion um die Nutzung von ökologischen Vorrangflächen. Wenn uns, den Bäuerinnen und Bauern, dann im gleichen Atemzug vorgeworfen wird, wir würden an alten Konzepten festhängen, ist das schon zynisch.

Trotz des Krieges in der Ukraine und der sich zuspitzenden Hungerkrise, die besonders Afrika und den Nahen Osten stark treffen wird, drängen einige Umweltverbände und Entscheidungsträger weiter auf Stilllegung, Extensivierung und den Rückbau von Tierhaltung. Ich bin davon überzeugt, dass diese Ansätze nicht der Weg für eine nachhaltige Landwirtschaft sind, denn sie schwächen die Ernährungssicherheit und sind allein zum Nachteil der Landwirtinnen und Landwirte. Mit Blick auf diesen Punkt möchte ich sagen: Mein Kommentar im Februar hat weiter Gültigkeit, sogar noch in größerem Maße. Kooperation ist der einzige Weg, in dem wir alle Mitmenschen ernähren können, für die Biodiversität messbare Erfolge erzielen und gleichzeitig die Emissionen reduzieren können.

Lassen Sie mich zum Ende noch erwähnen, wie stolz ich auf unseren landwirtschaftlichen Berufsstand in Zeiten wie diesen bin. Viele Betriebe haben zähe Jahre hinter sich und auch die aktuelle Situation hat mit hohen Kosten und anhaltenden Marktverwerfungen große Herausforderungen. Dennoch haben Landwirte Hilfsgüter gesammelt, Unterkünfte für Geflüchtete zur Verfügung gestellt und für unsere europäischen Mitmenschen gespendet. Landwirtschaft war und ist, trotz anders lautender Vorwürfe, immer eine Leistung, die von Menschen für Menschen erbracht wird. Gerade in kritischen Zeiten, ob Hochwasser im Ahrtal oder Krieg in Europa, wird dies von unseren Mitmenschen gesehen.

Ihr

Olaf Feuerborn



Alle Zeichen auf Grün?!

Zweimal im Jahr treffen sich die Vorstandsmitglieder des Bauernverbands Sachsen-Anhalt, die Ausschussvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer mit assoziierten und fördernden Mitgliedern, um über wichtige, agrarpolitische Entwicklungen zu diskutieren.

Die Landwirtschaftspolitik findet heute vor dem Hintergrund eines Krieges in Europa statt, ordnete Landesbauernpräsident Olaf Feuerborn zu Beginn der Präsidiumssitzung des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt ein. „Von heute auf morgen hat sich die Welt verändert. Die Rufe nach uns werden lauter, dass wir die Ernährung sichern müssen. Ich hoffe, dass wir das auch umsetzen können.“ In welchem Umfang die Landwirtinnen und Landwirte Lebensmittel produzieren können, werde in Berlin und Brüssel entschieden.

„Landwirtschaft und Klimaschutz in Berlin und Brüssel: Alle Zeichen auf Grün?!“ war der Titel der Präsidiumssitzung, die Mitte März in Bernburg stattfand. Eingeladen war Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes. Er erklärte den rund 60 Teilnehmern der Präsidiumssitzung, dass auch bei vielen politischen Entscheidungsträgern in Berlin die Erkenntnis ankommt, dass die Produktion von Nahrungsmitteln eine geopolitische Aufgabe ist. Der DBV hatte bereits im letzten Jahr die Aufnahme von Ernährungssicherheit und Klimaschutz in das Grundgesetz gefordert.

Viele Themen werden vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine neu diskutiert. Man rechne jedoch nicht damit, dass die Politik den Ansatz der GAP oder die Farm-to-Fork-Strategie fundamental umbauen werde – unabhängig davon, wie viele Akteure dies fordern.

Die Bundesregierung hat sich viele Ziele im Koalitionsvertrag gesetzt, die der Landwirtschaft in Gänze noch deutlicher weitere Belastungen bringen können und werden. Hier gilt es, mit den Ministerien im Gespräch zu bleiben. Nur so kann der DBV als zentraler, landwirtschaftlicher Berufsverband die Landwirtinnen und Landwirte auch politisch vertreten. Dafür ist es wichtig, dass der DBV von allen Seiten als Gesprächspartner akzeptiert wird. Darin liegt auch begründet, dass der Deutsche Bauernverband nicht bei jeder politischen Ankündigung, die gegen die Interessen der Landwirtschaft ist, in eine fundamentale Opposition gehen kann. Würde man dies tun, könnte man nicht erwarten, dass man bei Entscheidungsprozessen eingebunden wird. Würde das passieren, wäre eine politische Interessenvertretung der Mitglieder kaum möglich.



Bild: Die Mitglieder und Gäste waren froh, dass das Präsidium nicht online stattfinden musste.



Bild: Präsident Olaf Feuerborn beim Präsidium in Bernburg.

Zweiter Redner auf der Präsidiumssitzung war Gert Zender, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt. Der Staatssekretär gab unter anderem Einblick in die Arbeit zur ELER-Verteilung und der Nitratrictlinie. Ein weiteres, wichtiges Thema sei, neben der ASP, die Problematik bei Neu- und Umbauten von Stallgebäuden, so Zender. Dazu müssten Lösungen auf Bundesebene gefunden werden, Alleingänge Sachsens-Anhalts würden nicht helfen, weil diese von höherer Ebene wieder kassiert werden könnten.

In der anschließenden Diskussion stand er den Landwirten Rede und Antwort und bewies, dass das MWL zum einen zuhört, aber auch ein guter

Sachwalter der Anliegen der Landwirtschaft sein will. Die Verbesserung der Kommunikation zwischen Ministerium und den Verbänden sei Minister Sven Schulze von Beginn an ein zentrales Anliegen gewesen. Gert Zender selbst war lange Zeit beim Katastrophenschutz und wisse daher, wie wichtig eine gute Abstimmung zwischen allen Beteiligten ist, um zielgerichtet und an die tatsächliche Lage angepasst agieren zu können.

Bei der Agrarministerkonferenz unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) werde die „Burg Warberger Erklärung“ eine wichtige Rolle spielen, so der Staatssekretär. Minister Schulze und die zuständigen Ministerinnen aus NRW, Bayern und Niedersachsen haben dieses 13-Punkte-Papier abgestimmt, in dem sie u.a. eine Zukunftsperspektive für die deutsche Tierhaltung fordern. Die EU müsse ihr Möglichstes tun, um die Ernährungssicherheit über Europa hinaus sicherzustellen. Der Bund muss seine agrar- und umweltpolitischen Handlungsspielräume im Interesse einer kurzfristigen Abmilderung der Krisenfolgen nutzen.

Das Präsidium hat vor dem Hintergrund der Agrarministerkonferenz Ende April eine Positionierung verabschiedet. Unter dem Titel „Politische Korrekturen in der Agrarpolitik erforderlich – die Landwirtschaft kann Versorgungssicherheit liefern“ fordern die Mitglieder unter anderem die unbedingte Stärkung unserer noch vorhandenen landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft. Die Positionierung findet sich auf der nächsten Doppelseite.

Erik Hecht



DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

Steuerberatung

Wirtschaftsprüfung

Genossenschaftsprüfung

Insolvenzverwaltung

Moderner Belegtransfer mittels App



Tel.: 03491 418040

agr@etl.de

www.marcel-gerds.de

Positionierung des Präsidiums

Im Vorfeld der Agrarministerkonferenz hat der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. ein Papier verabschiedet, mit dem Titel "Politische Korrekturen in der Agrarpolitik erforderlich – die Landwirtschaft kann Versorgungssicherheit liefern".

Internationale Lage

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt und seine assoziierten Verbände verurteilen den Krieg in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes. Die Gedanken sind nicht nur bei landwirtschaftlichen Berufskolleginnen und -kollegen und deren Familien, die massiv unter den russischen Angriffen leiden. Wir unterstützen alle Initiativen, die dem Leiden der Zivilbevölkerung in der Ukraine umgehend Abhilfe verschaffen. Das Präsidium des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt trägt die gegen das Regime in Russland gerichteten Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung mit, auch wenn diese für unsere Branche sehr große Herausforderungen mit sich bringen. Es geht dabei um nicht weniger als die Bewahrung einer Friedensordnung in Europa und das Respektieren der territorialen Unverletzbarkeit von souveränen Staaten.

Landwirtschaft als Grundlage der Versorgungssicherheit

Neben einer gesicherten und bezahlbaren Energieversorgung ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln essenziell für alle Bürger. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass eine stetig voranschreitende flächendeckende Extensivierung unserer heimischen Landwirtschaft kontraproduktiv ist. Der politisch motivierte Rückbau regionaler Tierhaltung, der hiermit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen, die Gefährdung der Pflanzengesundheit durch Unterbedarfsdüngung und mangelnden Pflanzenschutz, und folglich ein Produktionsabbau und Rückgang von Wertschöpfung im ländlichen Raum, ist weder innerhalb noch außerhalb der Branche mehr vermittelbar. Wir haben uns seit Jahren in eine sichtbare Abwärtsspirale der landwirtschaftlichen Produktion begeben, mit sinkenden Selbstversorgungsgraden in einigen Bereichen. Diese Entwicklung muss beendet werden. Wir stehen als Branche zum Schutz der Biodiversität und zu regionaler Produktion, gleichzeitig erwarten wir von Landes- und Bundespolitik anzuerkennen, dass auch Landwirtschaft in überregionale Produktionsbeziehungen eingebunden ist. Diese sind im Sinne der Versorgungssicherheit unbedingt aufrechtzuerhalten.

Die infolge des Krieges in der Ukraine aktuell rasant steigenden Preise für Getreide und mineralische Düngemittel bergen hohe Risiken für den sozialen Frieden vor allem in Entwicklungsländern, aber auch bei uns in Europa. Ohne Düngung wächst kein Getreide, kein Gras, keine Sonderkultur

und kein Gemüse. Die Düngemittelproduktion in Europa ist unbedingt zu sichern. Eine nachhaltige und klimagerechte intensive landwirtschaftliche Produktion unserer Betriebe sichert nicht nur unsere Unabhängigkeit, sondern wird auch unserer ethischen Verantwortung für Regionen mit geringerem Ertragspotenzial gerecht. Eine politisch gestärkte, heimische und nachhaltig produktive Landwirtschaft ist aktive Friedenspolitik über Grenzen hinweg. Unsere Landwirtschaft kann Versorgungssicherheit liefern, wenn die Politik es will!



Daher fordern und unterstützen wir:

1. Alle Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung, die unsere heimische Landwirtschaft in Gänze stärken. Wir stehen als Branche für Weiterentwicklung, das erwarten wir auch von politischer Führung.
2. Die Beendigung des politischen Auspielens von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Märkte, Verbraucher und Standorte entscheiden, wie Betriebsleiter ihre Unternehmen ausrichten.
3. Zügige Planungssicherheit zur kommenden GAP ab 2023 unter Nutzung von Flexibilisierungsmöglichkeiten. Dazu sind alle Bundesländer aufgefordert, Parteipolitik muss nun endlich hintenanstehen. Flächendeckende Extensivierung und Produktionsverzicht zulasten der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie sind kein Zukunftsangebot für die Gesamtgesellschaft.
4. Die unbedingte Stärkung unserer noch vorhandenen landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft unter Einbezug der Tierhaltung. Das ressourceneffiziente und klimaschonende Nutzen von natürlichen Mehrnährstoffdüngern ist eine Grundlage landwirtschaftlicher Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit. Weiterhin sollten auch Kreisläufe für Nebenprodukte für die Fütterung von Nutztieren aufrecht gehalten werden.
5. Das Eintreten für eine bedarfsgerechte Pflanzenernährung und einen angepassten und modernen Pflanzenschutz, der hohe landwirtschaftliche Erträge und Qualitäten absichert.
6. Das umgehende temporäre Streichen der Mineralölbesteuerung. Die vorhandenen Marktpreise erfüllen die gewünschte Lenkungs-funktion. Es braucht eine Begrenzung der Kraftstoffpreise. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist Transport ein wesentlicher Kostenfaktor für die landwirtschaftliche Produktionskette.
7. Die konsequente dauerhafte Nutzung von Biogasanlagen für die regionale grund- und spitzenlastfähige Energieproduktion. Stärkung der Wirtschaftsdüngervergärung durch den Abbau von Hemmnissen (150-Tage-Verweilzeit, Störfallverordnung, Sonderauflagen für Gärrestlagerung und -ausbringung); Zusätzliche Energieerzeugung z.B. mit Freiflächen-PV-Anlagen muss produktionsintegriert erfolgen (z.B. Agri-PV).
8. Ein zeitlich gestrecktes und gestaffeltes Inkrafttreten des neuen Mindestlohns von 12€. Die absehbaren Kostensteigerungen bei landwirtschaftlichen Erzeugern werden zu einem weiteren Absinken regionaler Produktion führen. Unter anderem Obst und Gemüse dürfen nicht zu einem Luxusgut für wenige werden. Über die Anpassung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns nach der Konzeption des MiLoG hat alle zwei Jahre eine unabhängige Kommission der Tarifpartner, die sich aus Vertretern der Arbeitgeberverbände sowie den Gewerkschaften zusammensetzt und außerdem von Wissenschaftlern beraten wird, zu entscheiden.
9. Eine kritische umgehende Überarbeitung des europäischen Green Deal und der Farm to Fork Strategie unter dem konsequenten Ansatz der Erhaltung von wirtschaftlich tragfähigen landwirtschaftlichen Betrieben und damit der dauerhaften Versorgungssicherheit in Europa.
10. Den unbedingten Schutz des Eigentums landwirtschaftlicher Produktionsflächen im Rahmen der anstehenden europäischen Biodiversitätsstrategie. Wir stehen für Klimaschutz ein, der weitere Verlust von Produktionsflächen ist ethisch nicht zu verantworten.



Präsidium des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt

*Zustimmung zur Erklärung durch folgende anwesende assoziierte Mitglieder:

- Agroservice & Lohnunternehmer e.V.
- Fachprüfungsverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V.
- FVH Förderverband Humus e.V.
- Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt e.V.
- LandFrauenverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Landesfischereiverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Landeskontrollverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Landseniorenverband Sachsen-Anhalt e.V.
- NAROSSA e.V.
- Rinderzuchtverband Sachsen-Anhalt eG

Vor der Agrarministerkonferenz

Wenn die Agrarministerkonferenz unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalt stattfindet, wird sich das April-Infoheft bereits im Druck befinden. Unsere Stellungnahmen zu den Entscheidungen der Minister werden Sie zeitnah auf www.bauernverband-st.de finden. Hier wollen wir Ihnen einen Einblick bieten, wie der Bauernverband Sachsen-Anhalt sich im Vorfeld der AMK positioniert hat.

Hinweise an Minister und Schriftwechsel

Ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit des Verbandes ist die schriftliche Stellungnahme. Gerade bei komplexen Sachverhalten kann durch eine formelle Anfrage an Ministerien erreicht werden, dass Themen bearbeitet werden oder sich geäußert wird. Im Vorfeld der AMK wurde u.a. von Gert Zender, Staatssekretär im MWL, eine Stellungnahme zur EU-Öko-Verordnung erbeten.

Die fünf Präsidenten der ostdeutschen Landesbauernverbände hatten sich an das BMEL und das BMU gewandt. Grund dafür war die geplante Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Ausweisung der mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete (AVV GeA). Insbesondere in den Trockengebieten Ostdeutschlands wird diese nicht den natürlichen Begebenheiten gerecht, mit denen die Landwirte arbeiten. In einer schriftlichen Antwort haben die Ministerien daraufhin erklärt, dass Lösungen angestrebt werden, die "die unterschiedlichen geografischen und klimatischen Bedingungen im gesamten Bundesgebiet im größtmöglichen Umfang berücksichtigen."

Positionierung

Die auf den Seiten 6 und 7 abgebildete Positionierung wurde im März vom Präsidium des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt verabschiedet. Derartige Standpunkt-

bestimmungen zu landwirtschaftlichen Themen sind zum einen für die Arbeit mit der Politik (von der kommunalen bis zur EU-Ebene) wichtig, zum anderen in der Pressearbeit. Sie erleichtern die Kommunikation des Berufsverbandes, u.a. weil dadurch klare Formulierungen vereinbart werden.

Pressearbeit

Neben der direkten Ansprache von Politik und Verwaltung ist auch die Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit wichtig. Das Ehrenamt, insbesondere der Vorstand um Präsident Olaf Feuerborn, sowie das Hauptamt unseres Bauernverbandes haben im Vorfeld der AMK Interviews gegeben, mit Kamera-Teams direkt auf den Betrieben Beiträge gedreht und verschiedene Pressetermine abgehalten. Zentrum der Pressearbeit vor der Agrarministerkonferenz war ein Pressegespräch in Salzfurkapelle. Auf dem Gelände der Agrargenossenschaft Zörbig e.G. haben Betriebsleiter Thomas Külz, Olaf Feuerborn und Hauptgeschäftsführer Marcus Rothbart Journalisten empfangen. Während bei Pressemitteilungen nur eine einseitige Information möglich ist, können Journalisten bei solchen Anlässen mit unseren Landwirten ins Gespräch kommen. Dadurch werden Hintergründe besser beleuchtet und die oft komplexen Zusammenhänge können erklärt werden.

Erik Hecht



Bild v.li.: Präsident Olaf Feuerborn, Vorstandsmitglied Thomas Külz, Hauptgeschäftsführer Marcus Rothbart.

Stiftung zur Förderung der Schweinezucht in Sachsen-Anhalt

Entwicklung der Stiftung in Sachsen-Anhalt

Im Oktober 1990 gründete sich der Schweinezucht- und Produktionsverband Sachsen-Anhalt e.V. (SZPV) mit Sitz in Fischbeck. Der Zuchtverband war zuständig für die züchterische Betreuung der Mitglieder, die Führung des Zuchtbuches, die Organisation der Leistungsprüfung und die Einstufung und Vermittlung der Zuchttiere. Im Jahr 2005 löste sich der SZPV jedoch auf. Die in Zusammenhang mit der Auflösung verbliebenen Vermögensteile flossen in eine Stiftung. Daraufhin entstand die Stiftung zur Förderung der Schweinezucht in Sachsen-Anhalt mit Sitz in Magdeburg. Aktuell setzt sich diese aus 2 Vorstandsmitgliedern und 7 Mitgliedern im Kuratorium zusammen, welche alle ehrenamtlich in der Stiftung aktiv sind. Um einen breiten Wissenstransfer zu ermöglichen und das gesamte Bild der Schweinehaltung zu erfassen, ist das Kuratorium jeweils durch ein Mitglied des Schweinewirtschaftsverbandes e.V. Sachsen-Anhalt, der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, einer in Sachsen-Anhalt zugelassenen Zuchtorganisation bzw. ansässigen Besamungsstation für Schweine sowie zwei praktizierenden Schweinezüchtern mit Betriebssitz in Sachsen-Anhalt vertreten.

Ziele der Stiftung

Vor dem Hintergrund zunehmender öffentlicher Anforderungen an unsere Schweinehalter*innen, verstärkt auftretende Umweltkatastrophen und der Klimawandel, politische Unruhen und die damit verbundene Knappheit von Input-Importen, die Afrikanische Schweinepest und hierdurch veranlasste Restriktionen, sind intensive Dialoge und Wissensaustausch notwendiger denn je. Der Erhalt und die Förderung der genetischen Vielfalt bei Nutztieren sind Bestandteil einer innovativen und nachhaltigen Tierhaltung und essenzieller Teil der biologischen Vielfalt. Zudem sind regionale Landrassen und Zuchtprogramme wichtige Kulturgüter unserer Heimat. Die Rasse Leicoma, deren Name sich aus den Anfangsbuchstaben der an der Herauszüchtung beteiligten Bezirke Leipzig, Cottbus und Magdeburg ergab, ist wohl das bekannteste Beispiel für eine einheimische mitteldeutsche Schweinerasse. Damit einhergehend sind die Ziele der Stärkung der lokalen Wertschöpfungsketten und der heimischen Kreislaufwirtschaft.

Im Mittelpunkt der Stiftung steht daher die Förderung und Weiterentwicklung der in Sachsen-Anhalt befindlichen Schweinezucht mit dem Ziel die Wirtschaftlichkeit der Schweinezucht zu verbessern. Dies soll geschehen durch:

- die Förderung robuster, langlebiger, fruchtbarer und gesunder Schweinerassen,
- die Verbesserung der Haltungs- und Produktionsbedingungen von Schweinen, und
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Schweinehaltung.

Deshalb fördert die Stiftung Projekte, die diese Ziele unterstützen, sei es im Bereich der Schweinezucht, des Tierschutzes, der Haltung und Fütterung oder der Arbeitsbedingungen in der Schweinehaltung. Die Unterstützung kann sich auf die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten und Studien zum Thema Schweinezucht und -haltung belaufen, sowie auf die Durchführung von Veranstaltungen und Entwicklungsprojekten zu dem komplexen Thema Schweinezucht.

Haben Sie förderfähige Ideen, wollen Sie die Stiftung bei ihrer Weiterentwicklung gerne finanziell unterstützen oder haben Sie allgemeines Interesse an der Stiftung zur Förderung der Schweinezucht in Sachsen-Anhalt melden Sie sich gerne bei uns. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Jana Zibolka

Referentin für Tierproduktion und Futtermittel



Bauerntag im KBV Salzland

Die Mitglieder des Bauernverbandes des Salzlandkreises brachten zu Beginn der Tagung im großen Beratungsraum der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG) ihre Solidarität mit den ukrainischen Menschen mit tätiger Hilfe als Sach- und Geldspenden zum Ausdruck. Vorsitzender Matthias Saudhof fand mit dem Aufruf die breite Unterstützung aller Teilnehmer.

Im Bericht des Vorstandes benannte Saudhof einige Schwerpunktthemen mit den steigenden Betriebsmittelpreisen sowie aktuellen Marktverwerfungen, die Perspektiven der Tierhaltung, Gefahren der Afrikanischen Schweinepest, Auswirkungen der Coronakrise, die Probleme des Klimawandels sowie weitere Entwicklung der Landwirtschaft. Die Ernteergebnisse des vergangenen Jahres ergeben ein recht differenziertes Bild, Mais- und Zuckerrübenenerträge waren überdurchschnittlich. Saudhof betonte, eine geplante 4%-ige Flächenstilllegung entsprechend EU- Richtlinien sei unverantwortbar, belegte dies auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht.

Geschäftsführerin Katharina Elwert würdigte in ihrem Geschäftsbericht das hohe ehrenamtliche Engagement vieler Mitglieder. Dies erfolgt zum Beispiel in 17 Fachausschüssen des Landesverbandes, die Beteiligung an Fachprojekten sowie Veranstaltungen. Sie stellte die abnehmende Zahl der Betriebe mit Tierhaltung (nur noch 1 Milchviehhalter) in den Fokus. Elwert ergänzte zur Vorstands- und Verbandsarbeit, zeigte die Erfolgsgeschichte der Salzlandkiste seit 2015 auf. Im Jahre 2021 wurden über 2600 Kisten von ca. 25 Zulieferern in 3 Varianten (klein, normal, Premium zu Weihnachten) verkauft.

Wichtige Fachprojekte sind neben den Erntemeldungen, Pflanzenschutzserhebungen auch ein EU- Förderprojekt „Dorf-ER-Leben“. Letzteres läuft derzeit in drei Betrieben und drei Schulen im Salzlandkreis, hier werden sich Schüler mit dem Dorf und der Landwirtschaft über 1 Jahr lang, jeden Monat in einer Projektstunde in der Schule und auf 3 Exkursionen in den Ort (landw. Betrieb, Infrastruktur, Dorfleben) beschäftigen, in Kooperation mit der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt eine wissenswerte Präsentation erarbeiten.

In der Öffentlichkeitsarbeit sind die Beiträge im MDR Fernsehen, in den Zeitungen, die Hofschilder der Landwirtschaftsbetriebe sowie die Kampagne (www.mehrkönnen.de) hervorzuheben.

Im öffentlichen Teil des Verbandstages nach mehreren Grußworten wurden von Hans-Ulrich von Wulffen(LLG) aktuelle Entwicklungen der Düngeverordnung und von Thorsten Breitschuh (Berater) sowie Sandra Dullau(Hochschule Anhalt) Potentiale der Freiflächen-Fotovoltaik vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht.

Olaf Feuerborn, Präsident des Bauernverbandes und Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt, berichtete über seine Arbeit im Agrarausschuss und die Arbeit des Verbandes mit der neuen Landesregierung. Bezugnehmend auf den verheerenden Ukrainekrieg Russlands und die geplanten gemeinsamen EU-Agrarmaßnahmen (GAP2023) zeigte er die Herausforderungen für die derzeitigen Haushaltsplanungen 2022 auf. Im gemeinsamen Ringen und konstruktiver Dialogbereitschaft über die Ressorts hinaus gelte es jetzt akzeptable Lösungen für die Landwirte zu schaffen, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Der Selbstversorgungsgrad bei



Bild v.li. (Lütke-meier): Vorsitzender Matthias Saudhof, Geschäftsführerin Katharina Elwert, Versammlungsleiter Ekkehard Horrmann.

Lebens- und Futtermitteln in unserem eigenen Land rückt weiter in den Vordergrund.

Ein wichtiges Fazit: Die Wertschätzung der Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft nach mehr Naturschutz, Klimaschutz und mehr Tierwohl muss zu mehr Wertschöpfung in den Betrieben führen.

Zum Verband: Über 38 000 Hektar bewirtschaften die Mitglieder des Bauernverband Salzland e.V.

Unter Einbeziehung der Mitgliedsflächen aus dem Salzlandkreis in den BV Nordharz und BV Börde (insgesamt 30.000 ha) sind dies 66 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Salzlandkreises. Im Jahr 2022 sind im BV 57 landwirtschaftliche Betriebe, 11 Einzel- und 3 Fördernde Mitglieder sowie 12 Betriebe mit Tierhaltung organisiert.

Dr. Harald Lütke-meier
BV Salzland



Bild (Lütke-meier): Die Mitglieder diskutierten u.a. über die Vor- und Nachteile von Photovoltaik.

Auf zur agra

Die wichtigste Messe der Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland wird 2022 wieder ihre Besucher auf der Messe Leipzig begrüßen können. Zum 16. Mal werden aktuelle Trends und Themen gezeigt, z.B. innovative Methoden und Technologien der Pflanzen- und Tierhaltung, leistungsstarke moderne Agrartechnik und Spitzenleistungen der Tierzucht. Der Ticketshop ist ab jetzt für alle geöffnet!

Die agra unterliegt der seit 4. März 2022 geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Für Gäste bedeutet das die 3G-Regel, Besucher benötigen also

einen Impf- oder Genesenen- oder Testnachweis. Zum Ticket-Shop gelangen Sie über den folgenden Link oder indem Sie den QR-Codescannen. <https://kurzelinks.de/agra2022>



DBV fordert „Masterplan Digitale Infrastruktur Ländlicher Raum“

Die bestehenden Nutzungsrechte von Frequenzen in den Bereichen bei 800 MHz, 1.800 MHz und 2,6 GHz laufen zum Ende des Jahres 2025 aus. Der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordern im Rahmen einer Konsultation der Bundesnetzagentur (BNetzA) für die künftigen Frequenznutzungsrechte für Mobilfunknetzbetreiber einen „Masterplan Digitale Infrastruktur Ländlicher Raum“. Zur Erreichung einer flächendeckenden Versorgung der ländlichen Räume mit hochwertigen, leistungsfähigen und unterbrechungsfreien mobilen Sprach- und Datendiensten ist die anstehende Frequenzvergabe auf eine konsequente und zeitnahe Flächenversorgung mit einer 5G-Versorgungsqualität auszurichten.

Die Option einer Verlängerung bestehender Frequenznutzungsrechte über das Jahr 2025 hinaus kommt für die Verbände nicht in Frage. Vielmehr wird in einer Negativ-Auktion ein geeigneter Weg für eine effiziente Allokation der Frequenzen gesehen, der einen flächendeckenden Netzausbau rechtlich absichert, aber auch verhindert, den Unternehmen über Gebühr hinaus finanzielle Mittel zu entziehen, die sie für den

Netzausbau benötigen. Auch könnten darüber die möglichen Interessen des „vierten“ Mobilfunknetzbetreibers hinreichend Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf das Versteigerungsdesign empfehlen die Verbände, die einschlägigen Vorschläge aus Forschung und Wirtschaft aufzugreifen. Auf jeden Fall müssen die zu vergebenden Frequenzblöcke ausreichend groß sein und Kooperationen unter den Mobilfunknetzbetreibern (gemeinsame Frequenznutzung, Roaming) unterstützt werden.

Bei der so möglichen vollständigen Abdeckung ländlicher Räume, ist eine Versorgungsqualität auf Basis von 5G-Anwendungen über entsprechende Versorgungsaufgaben sicherzustellen.

Die Verbände stellen nochmals klar, dass die gesamten ländlichen Räume und damit auch land- und forstwirtschaftliche Flächen in den nächsten Jahren immer mehr auf ein hochleistungsfähiges Internet auf Basis von Glasfaser- und 5G-Mobilfunktechnik angewiesen sein werden. Die Innovationspotentiale im digitalen Bereich sind auch in der Fläche enorm. Eine hohe Versorgungsqualität muss in den ländlichen Räumen genauso sichergestellt werden wie in den Siedlungsbereichen und bei den Verkehrswegen. DBV

Stellenausschreibung

Wir suchen zum 01.05.2022 oder nächstmöglich für die Kreisgeschäftsstelle des Verbandes in Wanzleben (Landkreis Börde) einen Kreisgeschäftsführer (m/w/d).

Das Aufgabengebiet umfasst:

- Kommunikation für die Landwirtschaft mit Behörden, Verbänden und weiteren Einrichtungen und Institutionen auf Kreisebene,
- Repräsentation des Kreisbauernverbandes Börde in externen Gremien und bei verbandlichen Veranstaltungen,
- Erstellung von Stellungnahmen und Fachartikeln,
- Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Vorstand des Kreisverbandes Börde,
- Leitung der Kreisgeschäftsstelle im Gemeinsamen Geschäftsbetrieb,
- Pressearbeit.

Sie passen zu uns, wenn Sie unter anderem:

- Ein abgeschlossenes Studium der Agrarwissenschaften (Uni/FH), der Rechtswissenschaften (Schwerpunkt in Zivil- und Verwaltungsrecht) oder ähnlich und idealerweise erste Berufserfahrungen nachweisen können,

- Kenntnisse verbandlicher Gremienarbeit im Zusammenspiel von Ehren- und Hauptamt mitbringen und Interesse an politischen Willensbildungsprozessen haben,
- Sympathien und Engagement für moderne Landwirtschaft besitzen,
- Eine selbstständige Arbeitsweise und Teamfähigkeit einbringen,
- Kommunikations- und Moderationsfähigkeiten auch in komplexen Situationen aufweisen,
- Konfliktfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit ihr Eigen nennen,
- Mit den einschlägigen Office-Anwendungen effizient arbeiten,
- Im Besitz einer gültigen PKW-Fahrerlaubnis sind.

Das Anstellungsverhältnis ist unbefristet, schwerbehinderte Menschen oder Ihnen gleichgestellte Bewerberinnen und Bewerber, werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Unterlagen senden Sie bitte bis zum 30.04.2022 bevorzugt per E-Mail an:

bewerbungen@bauernverband-st.de

"Mehr können"? Mitmachen!

Heute wissen nur noch wenige Menschen, was es bedeutet, in der Landwirtschaft tätig zu sein. Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte jeden Tag so viel mehr als man an der Ladenkasse sieht! Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist vielfältig und vielschichtig, immer innovativ und gleichzeitig pragmatisch. Und ein ganz wichtiger Teil für alle Menschen, weil wir mit und von ihr leben. Darauf, was Landwirtinnen und Landwirte leisten, machen wir als

Bauernverband Sachsen-Anhalt e. V. aufmerksam – denn wir können mehr.

Machen Sie mit, damit wir unsere Botschaften in den öffentlichen Raum und die Köpfe unserer Mitmenschen bringen. Je mehr Menschen aus unserem Berufsstand mitziehen, desto mehr können wir erreichen!

www.mehrkönnen.de



**WEIL WIR
MEHR
KÖNNEN ALS
IMPORTE!**

www.mehrkönnen.de

**WIR WIRTSCHAFTEN VOR
ORT, FÜR SICHERE UND GUTE
LEBENSMITTEL!**

Beispiel-Bild
Schicken Sie uns Ihr Motiv
und wir erstellen Ihnen individuelle Motiv-Planen!
Mehr unter: www.mehrkönnen.de

**BV Bauernverband
Sachsen-Anhalt e.V.**

**MIT DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Ihr Motiv als Teil der Kampagne

Ab sofort können Sie mit Ihrem eigenen Motiv mitmachen. Ob ein Bild vom Acker, aus dem Stall, vom Betriebssitz, von Ihrem Team oder dem Hofladen: Wir können für Sie aus Ihrem eigenen Motiv bildstarke Planen in verschiedenen Größen anfertigen!

Was Sie dafür tun müssen? Senden Sie uns eine E-Mail an mitgliedschaft@bauernverband-st.de und wir nehmen Kontakt zu Ihnen auf. Wir beraten Sie, für ein (bild-)starkes Endprodukt.

**MIT DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Pflege-Vorsorge ist Zukunftsvorsorge

Rund 4,1 Millionen Menschen in Deutschland benötigen aktuell Pflege. Rund 80 Prozent von ihnen, knapp über 3,3 Millionen Menschen, werden in privaten Haushalten betreut, durch Angehörige und ambulante Pflegedienste. Trotz aller Verbesserungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung ist deren Absicherung nicht ausreichend. Noch immer bleiben Versorgungslücken, die schnell ein sehr hohes finanzielles Ausmaß annehmen können. Doch eine private Pflege-Zusatzversicherung haben bisher nur rund 5 Prozent der Bevölkerung abgeschlossen. Hier ist noch viel „Luft nach oben“.

Herausforderung Pflege

Das Thema Pflege hat eine ähnliche Sprengkraft wie das viel diskutierte Thema Altersarmut. Durch den demografischen Wandel wird Pflege zu einer immer größeren gesellschaftlichen Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme, denn die Anzahl der Pflegefälle wird weiter sehr stark steigen. Daher ist auch die Angst verständlich, selbst einmal pflegebedürftig zu werden. Das bestätigt auch die R+V-Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen“. Hier steht dieses Risiko seit 25 Jahren auf den vorderen Rängen. Trotzdem sind nach wie vor viele Menschen nicht ausreichend abgesichert.

Echter Vermögensschutz

Dabei gibt es gute Möglichkeiten: Sei es mit einer privaten Pflege-Zusatzversicherung aus der R+V-PflegeVorsorge. Oder mit einer staatlich geförderten Pflege-Zusatzversicherung, beispielsweise dem R+V-Pflege FörderBahr. Mit dem Pflegegeld aus einer

solchen Versicherung kann man die finanzielle Lücke zumindest reduzieren, die zwischen den tatsächlichen Pflegekosten und den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung besteht. Denn die ist lediglich eine „Teilkasko-Absicherung“, der Rest ist privat zu zahlen. Das kann empfindlich ins Geld gehen – monatlich 2.100 EUR Eigenanteil und mehr sind keine Seltenheit.

Ralf B., 43 Jahre, ehemals Agraringenieur (vor 3 Jahren durch Verkehrsunfall pflegebedürftig geworden), lebt im Nachbarhaus seiner Eltern.

Die gesetzliche Pflegeversicherung zahlt die Kosten für häusliche Pflege (Pflegedienst bei Pflegegrad V). Dabei handelt es sich aber lediglich um einen Zuschuss. Dank der im Jahr 2010 abgeschlossenen privaten Pflegezusatzversicherung bei der R+V Krankenversicherung, deren Leistung nicht zweckgebunden eingesetzt werden muss, ist es ihm möglich, weiter im familiären Umfeld wohnen zu bleiben.

Private Pflege-Vorsorge ist also auch echter Vermögensschutz und damit ein wichtiger Baustein jeder Zukunftsvorsorge. Die Experten der R+V Versicherung AG geben hierzu gern eine Beratung. Übrigens: Für Mitglieder von Genossenschaften und der Volks- und Raiffeisenbanken gibt es die R+V-PflegeVorsorge als „MitgliederPflege“ mit Beitragsvorteilen.

Weitere Informationen erhalten Sie bei den Beratern der Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. Ihre Ansprechpartner finden Sie unter: www.vvb-st.de



In aller Kürze

Erstes Betriebsübergabe-Seminar großer Erfolg

Die Übergabe eines landwirtschaftlichen Unternehmens erfordert eine langfristige und vielschichtige Vorbereitung. Mehr als 35 Landwirtinnen und Landwirte hatten am ersten Betriebsübergabe-Seminar am 29.03.2022 mit dem Fokus auf Einzelunternehmen in Magdeburg teilgenommen. Organisiert wurde die Vortragsveranstaltung von der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH, einer Tochtergesellschaft des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt. Für die Zukunft sind weitere Seminarangebote geplant.

Neuigkeiten zu Cross Compliance

Die Informationsbroschüre Cross Compliance und die CC-Checkliste des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten sind für das Jahr 2022 aktualisiert. Textliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr wurden farblich kenntlich gemacht.

Die Informationsbroschüre über die einzuhaltenden Cross Compliance Vorschriften 2022 können Sie über folgenden Link einsehen: <https://kurzelinks.de/rtp1>

Agrarbericht Sachsen-Anhalts 2020

Das MWL hat den Bericht zur Lage der Landwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 2020 veröffentlicht. Der Bericht stellt die Strukturen, Leistungen und Betriebsergebnisse auf Basis der Agrarstrukturerhebung 2020 und des Testbetriebsnetzes Sachsen-Anhalt vor. Der Bericht zeigt, dass das Wirtschaftsjahr 2019/2020 sowohl die Nachwirkungen der Dürre 2018, der erneuten Trockenheit 2019 als auch die ersten Folgen der COVID-19-Pandemie widerspiegelt. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen und klimatischen Bedingungen hat die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen-Anhalt 2020 nur leicht abgenommen. Hier kommen Sie zum vollständigen Bericht: <https://kurzelinks.de/euw4>



Die Leistungen der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH unterstützen Sie.



GESCHÄFTSSTELLE

Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH
Maxim-Gorki-Str. 13
39108 Magdeburg
0391 - 73969 0

AUßENSTELLE HALLE

Herweghstraße 100
06114 Halle (Saale)
0345 - 963911 0

MEHR UNTER WWW.GRUENERDEAL.DE

Impressum

Herausgeber:

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13
39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0
Fax 0391 / 7 39 69-33
<http://www.bauernverband-st.de/>
info @ bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Dies ist das offizielle Presseorgan des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion:

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Monatliches Erscheinen. Fotos, falls nicht anders gekennzeichnet, durch den Bauernverband Sachsen-Anhalt erstellt oder CC0.

Redaktionsschluss: 28.03.2022

Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Erik Hecht
Bilder durch Herausgeber erstellt, Ausnahmen sind:

Seite 2 u. 9: ehrecke/pixabay
Seite 3: Ray Weber/CDU-Landtagsfraktion
Seite 6: trueckauer/pixabay
Seite 7: Couleur/pixabay
Seite 14: iStock-1183924787



Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Anschrift: Maxim-Gorki-Str. 13, 39108 Magdeburg

Telefon: 0391/ 73969-20

Fax: 0391/ 73969-33

E-Mail: Info@vvb-st.de

Beratung für Unternehmen

Vorsorge und Mitarbeiterbindung

- Hofübergabe und Generationswechsel
- Versorgungsordnung im Rahmen des BRSG (BetriebsRentenStärkungsGesetz)
- Vorsorge und Mitarbeiterbindungskonzepte
 - Betriebliche Altersversorgung
 - Betriebliche Krankenversicherung
 - Betriebliche Unfallversicherung
- Grüne Versorgungswerke der R+V und des Deutschen Bauernverbandes

Beratung für Unternehmen

Absicherung des Betriebes

- Fuhrpark im Unternehmen
- Rundum Absicherung des Betriebes durch Bündelung in der AgrarPolice
 - Haftpflicht
 - Gebäude und Inhalt
 - Transport
 - Rechtsschutz
 - CyberRisk
 - Ertragsschadensversicherung (Rind / Schwein / Geflügel)
 - Technische Versicherung
 - D&O
- Spezialkonzept Wind
- KRAVAG Krisenschutz
- Ernteabsicherung (Vereinigte-Hagel)

Beratung für Privatpersonen

- Altersvorsorge im Rahmen von
 - klassischen Renten- und Lebensversicherungen
 - fondsgebundenen Lösungen
 - staatlich geförderten Lösungen (Riester, Rürup etc.)
 - betrieblicher Altersvorsorge
- Persönliche Vorsorge durch bedarfsgerechte
 - Krankenversicherung
 - Pflegeversicherung
 - Unfallversicherung
 - Berufsunfähigkeitsabsicherung
- Absicherung im Alltag für die gesamte Familie dank individueller Bündelung in der PrivatPolice
 - Wohngebäude
 - Hausrat
 - Haftpflicht
 - Rechtsschutz
- Auto / Fuhrpark im Privathaushalt

Ansprechpartner

Herr Lothar Saage - Landwirtschaftlicher Fachberater
Tel.: 0172 - 9037773, E-Mail: Lothar.Saage@ruv.de

Herr Frank Greve - Sonderbeauftragter Personen
Tel.: 0151 - 26410736, E-Mail: Frank.Greve@ruv.de

Herr Torsten Roeder - Firmenberater
Tel.: 0151 - 26412557, E-Mail: Torsten.Roeder@ruv.de

Neben persönlicher Beratung finden Sie uns auch online unter: www.vvb-st.de